

Absender:

An

Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg
ZBB Cottbus
PF 15 60 21
03060 Cottbus

Datum: _____

Staatliches Schulamt: _____

Personal-Nr.: _____

Widerspruch wegen nicht amtsangemessener Besoldung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen meine aktuelle Besoldung Widerspruch ein. Der Widerspruch erfasst rückwirkend auch die jeweilige monatliche Alimentierung ab 01.01.2024. Zugleich wird beantragt, die amtsangemessene höhere Besoldung nach den verfassungsrechtlichen Maßstäben des Artikels 33 Abs. 5 GG für den vergangenen Zeitraum ab 01.01.2024 und für die Zukunft zu gewähren.

Ich beantrage das Ruhen des Widerspruchsverfahrens bis durch ein rechtskräftiges Urteil in der Sache entschieden worden ist. Das Ruhen des Widerspruchsverfahrens bitte ich zu bestätigen.

Begründung:

Die monatliche laufende Besoldung für das Jahr 2024 verletzt ab 01.01.2024 mein Recht auf amtsangemessene Besoldung gemäß Art. 33 Abs. 5 GG, weil meine Besoldung nicht den aus Art. 33 Abs. 5 GG abzuleitenden Maßstäben entspricht, wie sie durch das Bundesverfassungsgericht durch seine inzwischen gefestigte Rechtsprechung festgestellt wurden (siehe insbesondere Urteil vom 5.5.2015, 2 BvL 17/09 u.a., BVerfGE 139, 64 ff. und Beschluss vom 17.11.2015, 2 BvL 19/09 u.a., BVerfGE 240 ff.). Die geltenden landesgesetzlichen Grundlagen verstoßen nach meiner Auffassung gegen Art. 33 Abs. 5 GG und sind daher verfassungswidrig. Daraus ergibt sich zugleich die Verfassungswidrigkeit der mir gewährten Besoldung.

Ort, Datum

Unterschrift